



Bebauungsplan Nr. 147 und 1. Änd. Nr. 44

Für das Gebiet zwischen Auf dem großen Saatner (147) und 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.44 (Zufahrtsverbot an der Marienburger Straße zwischen Großer Saatner und An den Osterstücken).

Maßstab 1:1000

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

	Reine Wohngebiete		Gewerbegebiete	III	Zahl der Wohnfläche als Höchstgrenze
	Allgemeine Wohngebiete		Industriegebiete	III	Zahl der Wohnfläche zugeordnet
	Kleinsiedlungsgebiete		Sonderbauflächen	0,2	Grundflächenzahl

Gemischte Bauflächen

	Mischgebiete		Wochenendausgangsbereiche	1,0	Geschoßflächenzahl
	Kerngebiete		Sondergebiete, z. B. Ladengebiete	3,0	Baumassenschnittzahl
	Dorfgebiete		Flächen oder Baugrunderstücke für den Gemeinbedarf	o	Offene Bauweise

	Baumline		Schule		nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
	Baugrenze		Kindererziehtage		nur Hausgruppen zulässig
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		Kirche		geschlossene Bauweise

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes		A + I	ausnahmen (siehe taufelteil unterschied zulassen)
	Grenze des 1. ordnung des räumlichen geltungsbereiches des bebauungsplanes		BGF	baugrußfläche
	Grenze des 2. ordnung des räumlichen geltungsbereiches des bebauungsplanes		Gr	gruñfläche
	Festsetzung		a	abwärtende bauweise
	oberkante fußboden der erdgeschosse über NN		A + I	anforderung u. k. geschosse für stellplätze

Weitere Nutzungsarten





	Strassenverkehrsflächen		Flächen oder Baugrunderstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformwerke		Flächen für Stellplätze oder Garagen
	Öffentliche Parkflächen		Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen		St Stellplätze
	Strassenabgrenzungsanlagen		Führung oberirdischer Versorgungsanlagen		Gr Garagen
	Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen		Akaden		GSI Gemeinschaftsstellplätze
	Zufahrtverbote		Ausgrabung		GSI Gemeinschaftsstellplätze
	Stoppfläch: Diese Fläche ist von Strassen über 0,30 m hohe freizustellen, einzelne hochstempelnde Stände sind zulässig		Flächen für Aufschüttungen		TG Tiefgarage
	Strassenachse				Fläche mit Blindbefestigung u. u. Leitungsnetzen
	Bochung				

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

Flächen für die Landwirtschaft
 Flächen für die Forstwirtschaft
 Flächen für Land- oder Forstwirtschaft

Bäume
 Wald

Nachrichtliche Übernahmen

 Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutz- (L)
 Wasserschutz- (W), Quellenschutz- (Q)
 Überschwemmungsgebiet (Ü)
 Flächen für Bahnanlagen

Grünflächen,

z. B. Spielplatz

Parkanlage

Dauerkleingärten

Sportplatz

Festplatz

Bestandsangaben

 Wohngebäude
 Wirtschafts- und Industriegebäude
 Wasserflächen, Häfen
 Höhenlinie
 • 95,1 Straßenhöhen, vorh. (gepl.)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

1. Für den Gelände umrandeten Bereich des Bebauungsplanes, mit Ausnahme der gestärkt umrandeten Fläche an der Marienburger Straße wird festgesetzt, daß in den Gebäuden nicht mehr als zwei Wohnungen zulässig sind.
2. Für die mit a) bezeichnete Baulinie in den durch ein Raster gekennzeichneten Bereich wird festgesetzt, daß die Gebäude auf der nördlichen Grundstücksgrenze zu errichten sind.
3. Gärten sind in den nichtbebaubaren Flächen zulässig, wenn ihr Abstand von der Straße mind. 6,00 m beträgt.
4. Vorhandene Büume und Strücher sind durch die Placierung der baulichen Anlagen und im Zuge der Bauarbeiten, soweit irgend möglich zu erhalten. Auf den Freiflächen der Baurandstriche und auf Nebenfächern der Verkehrsbereiche (Trennungsschweiften, Parkplätze u.ä.) sind, soweit die Nutzung und die räumliche Struktur zulässig, Bäume und Strücher zu pflanzen und zu erhalten, dabei sollte auf jedem Baurandstück bzw. je 500 qm Fläche, wenn nicht vorhanden, mindestens ein höherwachsender einheimischer Laubbau zu pflanzen und erhalten werden (siehe § 9 Abs. 1 Ziffern 15 und 16 BBAus).
5. Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind die Ausnahmen gemäß § 4 (3) BBAus zulässig.

Maßstab: 1:5000

Auf dem großen Saatner

Flur 53

Feld am Roten Steine

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegen-
schaftskatasters und weist die städtebaulich bedeut-
samen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze voll-
ständig nach (Stand vom _____)

Hildesheim, den 14. Mai 1957

D. Roesler
Vermessungsdirektor

Bebauungsplan eignet sich nicht zum Abgreifen von Maßen

Der Rat der Stadt Hildesheim ist mit Beschluß
vom 22. 8. 1977
der in der Genehmigungsverfügung des
Herrn Regierungspräsidenten in Hildesheim
vom 13. 8. 1976
- 214 a - 21102N-2.0.3 (147)
21102N-2.0.3 (44)
aufgeführten Auflage beigetreten.

Hildesheim, den 18.4.1978

Guise

Oberbürgermeister

Oberst

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des
§ 1 der Planzeichnungsverordnung vom 19. 1. 1965.
Münsterheim, den 25. 1. 1973

Stadtvermessungsamt

Dr. Roesler

Vermessungsdirektor

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 8.3.1976 zugestimmt.

Hildesheim, 21.4.1976

Kieuan

Für die Aufstellung des Planentwurfs.
Hildesheim, den 25.1.1973

Stadtplanungsamt
Stadt. Baudirektor

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10
gesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der N
schen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 v
Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 8. 3.
als Satzung beschlossen. Die Begründung
§ 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beiz
Hildesheim, den 28. 4. 1976

Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 7. 10. 74 zugestimmt.
Hildesheim den 12. 12. 75

Kienan
Stadtbaurat

GENEHMIGT

gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 19
(BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügun
19 n. folgenden Tage 24.08.1977 - 2.09.1977
19.08.1977 - 2.09.1977
Hildesheim, den 13.08.1977

Der Regierungspräsident
Im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom **15.12.1975** bis **14.1.1976** z. jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am **6.12.1975** mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 21.4.1976

Riemann

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß

§ 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 5.5.1978
öffentlich aus.
Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind
gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 5.5.1978
im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim
bekanntgemacht worden.
Hildesheim den 12. 3. 1981